

Steuersystemwechsel - Plädoyer für eine ganz andere Art und Weise, wie der Staat zu seinen Einnahmen kommt

Vorbemerkung

Vorweg sei eine Selbstverständlichkeit ins Bewusstsein gerufen: ein Steuersystem, so wichtig und dringend notwendig heute seine Neuausrichtung sein mag, ist kein Allheilmittel gegen alle gesellschaftlichen Probleme und Missstände. Ausbeutung von Menschen oder Korruption können nicht durch Besteuerung aus der Welt geschafft werden. Dazu gibt es gewerkschaftliche Organisation, Arbeitskämpfe, internationale Verträge, Strafgesetze, Erziehung, Moral usw. Doch dies ist hier nicht das Thema.

Im Hintergrund der Überlegungen zu einem anderen Steuersystem bleibt auch die grundsätzliche Frage nach der Wirksamkeit eines nationalen Steuersystems und überhaupt einer eigenständigen Politik auf Länderebene im Rahmen einer „globalisierten Welt“, in der das „große Geld“ ganze Länder gegeneinander ausspielen kann. Wenn wir uns weiterhin unter dem Diktat der liberalistischen Ideologie der Konkurrenz von Ländern aussetzen, die Natur und Mensch rücksichtslos ausbeuten, wird es schwerlich gelingen, bei uns die Ausbeutung in Grenzen zu halten. Und wenn wir weiterhin zulassen, dass Reiche ihr Geld zum Zwecke maximaler Renditen irgendwo in der Welt investieren, bleiben wir dem Problem der Verschuldung und der wachsenden sozialen Kluft (vgl. meinen Text „Teufelskreise der Reichtumskonzentration“) gegenüber machtlos.

Die Skizze eines anderen Steuersystems, die hier gezeichnet wird, stellt ein Gedankenmodell dar, das nur dem *ersten* Schritt der Klärung dient, nämlich der Frage, ob das Konzept angesichts der drängenden ökologischen und sozialen Probleme als plausible und konsistente Lösung erscheint, ob es mit der erhaltenswerten marktwirtschaftlich-demokratischen Ordnung kompatibel ist und ob es im Prinzip verallgemeinerungsfähig wäre. Mit anderen Worten: Es geht nur um die grundsätzliche Attraktivität des Konzeptes. Die pragmatische Frage nach der politischen Durchsetzbarkeit des anderen Steuersystems angesichts der herrschenden Machtverhältnisse und nach seiner Wirksamkeit unter den Bedingungen der kapitalistischen Globalisierung, vor allem von „Freihandel“ und „freiem“ Kapitalverkehr, wäre der *zweite* Schritt. Im Bannkreis der „instrumentellen Vernunft“ (Horkheimer) ist es zur Gewohnheit geworden, den zweiten Schritt vor dem ersten zu machen und eine Vorauswahl zu treffen, über welche Option nachgedacht wird und über welche nicht. In „vorlaufendem Gehorsam“ gegenüber der (vermeintlich unveränderbaren) Realität hält man Ziele, Wünsche und Fantasie klein und wagt nicht, die Attraktivität von Möglichkeiten auszuloten. Wenn man das wagte, würde sich vielleicht herausstellen, dass die sog. „Realität“ (auch die Realität der Globalisierung) nicht so monolithisch, in Stein gemeißelt, unanfechtbar und unveränderlich ist, wie die „Realisten“ glauben. So ist dann auch dem Einwand, dass es in einer Welt der grenzenlosen Geschäfte keinen Sinn mache, über eine intelligente Steuerung innerhalb nationaler (oder europäischer) Grenzen nachzudenken, ein klares „Doch, da gerade“ entgegenzuhalten.

Wie lange noch werden die rasanten Veränderungen, die allorts zu beobachten sind, als Fortschritt zu erklären sein? Wann werden wir begreifen, dass wir Zeugen und Mitwirkende einer Fehlleistung der Menschheit sind, die unseren Lebensraum sozial und ökologisch verwüstet und die Welt in Richtung Systemzusammenbruch, konkret: in Chaos, Bürgerkriege und Weltkrieg treibt?

Die *eine* große sich zuspitzende Gefahr der Menschheit ist die wachsende soziale Kluft innerhalb der einzelnen Gesellschaften und der Weltgesellschaft insgesamt (s. meinen Text: „Teufelskreise der Reichtumskonzentration“). Die *andere* große Gefahr ist die wachsende „ökologische Kluft“ zwischen dem materiellen Reichtum (einer wachsenden Menschheit) insgesamt und dem, was die Erde an materiellem Reichtum verkraftet.

Wer ist für den verhängnisvollen Kurs verantwortlich? Der Zufall? Naturgesetze? Die Abermillionen unkoordinierter Entscheidungen von einzelnen Personen? Der Verdacht drängt sich auf, dass die Steuerungssysteme der modernen Gesellschaften „falsch programmiert“ sind, so dass die Entscheidungen und Handlungen unzähliger individueller und kollektiver Akteure koordiniert in die problematische Richtung gelenkt werden. Das Steuerungssystem einer Gesellschaft basiert auf tragenden Wertvorstellungen, Sinnsetzungen, Grundüberzeugungen. Es konkretisiert sich in einem umfangreichen Signalapparat an gesetzlichen Auflagen (die z.B. die Einhaltung bestimmter Grenzwerte bei Giftstoffen vorschreiben oder den Einsatz bestimmter Mittel oder Verfahren durch Verbot ganz auszuschließen versuchen) sowie in der Marktwirtschaft besonders wirksam im Steuersystem, das durch ökonomische Signale auf die Investitionsentscheidungen Einfluss nimmt.

Die ökonomischen Signale, die das heutige Steuersystem aussendet, passen absolut nicht zur Problemlage der Welt. Da wird einerseits ausgerechnet die „lebendige Arbeit“, die regenerative Ressource der Menschheit schlechthin, massiv besteuert und dadurch von Seiten des Staates ihre „Einsparung“ bzw. „Rationalisierung“ gefördert, so als käme es darauf an, diese Ressource möglichst brach liegen zu lassen und möglichst viele Menschen arbeitslos zu machen. Da wird andererseits der Verbrauch der begrenzten und knapper werdenden natürlichen Ressourcen der Menschheit, Bodenschätze, Energie, Wasser sowie die Inanspruchnahme des begrenzten Aufnahmepotentials der Ökosphäre für Abfälle, Abwärme, schädliche Emissionen sowie der Landschaft, Städte und Dörfer und ihrer Bewohner für den überbordenden Verkehr von einer massiven Besteuerung ausgenommen (was de facto auf Subventionierung hinausläuft), so als käme es darauf an, möglichst viel nichtregenerierbare Ressourcen einzusetzen und aufzubauchen, ökologische Belastungsgrenzen möglichst schnell zu erreichen und die Welt mit immer mehr Verkehr und Transport zu überfluten. Angesichts der gegenwärtigen sozialen und ökologischen Situation ist ein solches Steuersystem ein unfassbarer Anachronismus, eine Absurdität, die uns aufgrund der langen Gewöhnung an sie nicht als solche auffällt. Hätten wir ein solches Steuersystem nicht und es würde heute jemand seine Einführung vorschlagen, wir würden an seinem Verstand zweifeln. Der tiefere Grund für diese fortdauernde Absurdität ist unsere historisch entstandene Wachstumsabhängigkeit und die ideologische Überzeugung, dass es dem Wachstum förderlich sei, wenn Energie und andere Naturressourcen so billig wie möglich sind und Güter und Waren immer von den Orten geholt werden, wo sie zu den niedrigsten Preisen zu beschaffen sind, egal, wie weit diese entfernt sind und was und wer alles an den tausend „Nebenwirkungen“ des wachsenden Güterverkehrs leidet, und ohne zu bedenken, dass die

Welt so zu einer einzigen arbeitsteiligen, unüberschaubar komplex vernetzten Großstruktur „zusammenwächst“, in der die Funktionsfähigkeit von Systemen und die Lebensfähigkeit von Menschen an einem Ort durch Ausfälle an einem beliebigen anderen Ort bedroht ist und eine neue gefährliche Qualität von Störanfälligkeit und Verwundbarkeit entsteht. Und ohne zu bedenken, dass mit dem globalen Warenaustausch zugleich in der ganzen Welt lang bewährte traditionelle Lebensweisen ihre Attraktivität verlieren und die unsinnigsten Erwartungen bzgl. Konsum, Luxus, Mobilität (z.B. nach hohem Fleischkonsum, Fertignahrung, Privatauto usw.) geweckt werden, was einem globalen Großprojekt zur Steigerung ökologischer Unverträglichkeit gleichkommt.

Das Steuersystem muss „revolutioniert“ werden. Zentraler Punkt: die Verlagerung der Besteuerung von der Arbeit, also dem, was die Wertschöpfung hervorbringt, auf den Verbraucher und Nutznießer der Wertschöpfung.

Die Idee, die Besteuerung gewissermaßen „umzudrehen“ und die Besteuerung der Arbeit, konkret die Lohnsteuer bzw. generell die Einkommenssteuer in Frage zu stellen, stößt sofort auf den Einwand: Nichtbesteuerung der Einkommen - eine riesige Ungerechtigkeit! Der Verzicht auf die Einkommenssteuer muss angesichts des gewohnten Bildes, das wir über Besteuerung im Kopf haben, befremdlich erscheinen. Empören wir uns nicht zu Recht darüber, dass Staaten in Schulden ertrinken und nicht die politische Kraft aufbringen, die Steuern für die Reichen, die im Geld schwimmen, zu erhöhen und dann auch konsequent einzutreiben?

Zunächst erschien auch mir die Idee, von der gewohnten Vorstellung einer Einkommensbesteuerung Abschied zu nehmen, abenteuerlich. Doch warum eigentlich? Wenn das Einkommen der Gegenwert dessen ist, was der Einkommensbezieher für die Gemeinschaft leistet, warum sollte die Gemeinschaft ihm einen Teil des Einkommens vorenthalten, indem sie auf das Einkommen eine Steuer erhebt? Wenn jedoch jemand ein Einkommen bezieht, für das er praktisch nichts oder viel zu wenig für die Gemeinschaft leistet, dann stellt sich doch eine ganz andere Frage als die nach einer gerechten Einkommensbesteuerung. Dann stellt sich die Frage nach der Berechtigung dieses Einkommens! Diese Frage ist für das „Einkommen auf Vermögen“ und das Einkommen aus Spekulation eindeutig und ohne Diskussion negativ zu beantworten. Diese Formen des Einkommens müssen im Interesse der Lebens- und Entwicklungsfähigkeit des Gemeinwesens ausgeschaltet werden (s. „Teufelskreise der Reichtumskonzentration“). Wir reden hier also nur über Einkommen aus Leistung. Und da kann und muss über die Höhe des Einkommens durchaus diskutiert werden. Denn es steht keinesfalls fest, was eigentlich eine „Leistung“ ist bzw. was sie „wert“ ist für die Allgemeinheit. Diskussionswürdig ist auch, dass einige so viel verdienen, dass sie „im Geld schwimmen“, während andere von ihrer Arbeit nicht leben können. Diese Diskussion konkretisiert sich heute in der Frage, ob nicht gewisse Einkünfte wie die von Bankern und Spitzenmanagern (völlig unabhängig von der Besteuerungsfrage) gesetzlich begrenzt und am anderen Ende des Spektrums gesetzliche Mindestlöhne eingeführt werden müssen. Doch auch das würde nichts an dem grundlegenden Sachverhalt unserer Welt ändern, dass die einen aus welchen Gründen auch immer leistungsfähiger sind oder seltener Fähigkeiten besitzen als andere und ein höheres Einkommen erzielen. Auch wenn alles mit rechten Dingen zugeht, entsteht hier Überfluss und dort Mangel. Selbst bei optimalen Rahmenbedingungen ergibt sich durch den Markt nicht das ideale Verteilungsmuster von vornherein. Es bedarf immer der nachträglichen Korrektur, der sozialen Nachbesserung, der Hilfe in Härtefällen. In unserem Gemeinwesen ist es der Staat, der in diesem nachträglichen Ausgleich eine seiner genu-

inen Aufgaben sieht. Nicht zuletzt deswegen benötigt er Steuereinnahmen. Der Posten „Soziales“ ist mit Abstand der größte im öffentlichen Haushalt.

Doch hieraus folgt nicht unbedingt, dass der Staat die Steuern zum sozialen Ausgleich an den *Einkommen* der Besserverdienenden festmachen muss. Er kann sie auch an dem *Verbrauch* der Besserverdienenden festmachen. Um das zu erläutern, muss zuvor **das neue Standbein der Staatseinnahmen: die ökologische Verbrauchssteuer** näher dargestellt werden. Sie ist inhaltlich differenziert ausgerichtet: Ihre Höhe bemisst sich jeweils nach Maßgabe der in einem Produkt „enthaltenen“ begrenzten natürlichen Ressourcen Energie, Wasser, Rohstoffe, sowie der Umweltbelastung und des Transports. Mit anderen Worten: die Bausteine, aus denen sich die Verbrauchssteuer zusammensetzt, sind Energie- und andere Ressourcensteuern, Umweltbelastungssteuer (Emissionsabgaben, Abfallgebühren usw.) und Transportsteuer (ein intelligentes technisches Verfahren, wie diese entsprechend den gefahrenen Kilometern sicher und elegant eingezogen wird, ist noch Zukunftsmusik, aber im Zeitalter der elektronischen Informationsverarbeitung sollte das kein unüberwindbares Hindernis für eine solche Steuer sein, wenn man sie politisch will). Die Steuer verteuert diejenigen Produkte am stärksten, deren Entwicklung, Produktion und Vertrieb mit den größten Belastungen für Mensch und Natur verbunden sind.

Nun, das Verfahren muss nicht erfunden werden; es kommt längst bei der heutigen „Ökosteuern“ zum Zuge. Diese muss nur um einige Komponenten erweitert und massiv verschärft werden.

Das verschiebt insgesamt die Wettbewerbsrelationen. Es wird für jeden Anbieter von Produkten und Vorprodukten auf jeder Stufe ökonomisch interessanter, als es heute ohne diese Steuer der Fall ist, durch den Einsatz von geeigneter Technik und Organisation Energie usw. einzusparen, umweltschädliche Abfälle und den Transport zu minimieren. Und jeder Weiterverarbeiter wird aus Kostengründen stärker als heute jenen Vorprodukten den Vorzug geben, die weniger energieintensiv, umweltbelastend usw. sind. Wettbewerbsvorteile werden also weniger stark durch Rationalisierung des Faktors Arbeit (der durch Wegfall der Besteuerung von Löhnen und Einkommen in der betriebswirtschaftlichen Kalkulation von Unternehmen, Projektplanern, Veranstaltern usw. ein geringeres Gewicht bekommt) und stärker durch Rationalisierung der umweltrelevanten Faktoren erzielt. Das wird nicht nur in der Wirtschaft, sondern in der vorgelagerten Forschung und Entwicklung dem technischen Fortschritt eine neue Orientierung und Richtung geben. Am Ende der Kette wird der Endverbraucher, wenn er kostenbewusst einkauft, stärker als heute zugleich automatisch ressourcensparend und umweltverträglich und transportvermeidend einkaufen. Während heute der besonders kostenbewusst Einkaufende, ohne es bewusst zu wollen, einen besonders großen Beitrag zu Arbeitsplatzvernichtung, Ressourcenverbrauch und Umweltschädigung leistet. Eine solche Umorientierung des Fortschritts ist nicht nur für die sog. entwickelten Länder sinnvoll, mindestens so sinnvoll wäre es, wenn Entwicklung von Anfang an stärker ökologischen Maßstäben folgte.

Ein zusätzlicher, für den Steuerzahler unbezahlbarer Vorteil der Verbrauchsteuer: Sie ist immer nur an den Gegenstand gebunden, der gekauft wird, und in ihrer Höhe nicht von der Person abhängig, die ihn kauft, wie es ja auch bei der Mehrwertsteuer oder der heute schon existierenden Ökosteuern der Fall ist. Anders als die ihrem Wesen nach personenbezogene Einkommenssteuer kommt sie ohne Personenbezug aus. Das bedeutet: Niemand braucht mehr eine Steuernummer; niemand muss mehr Steuerformulare ausfüllen und Steuerer-

klärungen abgeben oder mit Steuernachzahlungen rechnen. Die Besteuerung erledigt sich im Vollzug der Einkäufe quasi von allein. Die ganze unsägliche Steuerbürokratie entfällt ersatzlos. Klar, dass kein so genannter Steuerexperte, keiner der vielen Steuerberater jemals einer solchen Form der Besteuerung das Wort reden wird. Wer macht sich gern selbst überflüssig?

Anders als die Einkommenssteuer ist die ökologische Verbrauchssteuer schwer zu hinterziehen. Sie kann auch nicht mit Hilfe von cleveren Steuerberatern minimiert werden, sondern nur dadurch, dass man weniger umweltschädlich lebt.

Ich komme auf den oben formulierten Einwand zurück. Wie sollte mit einer Steuer ohne Personenbezug dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit Rechnung getragen werden können?? Ist es nicht zwingend erforderlich, die Steuer, wenn sie einen Beitrag zum sozialen Ausgleich zwischen Vielverdienern und den zu wenig Verdienenden leisten soll, an den Einkommen festzumachen und die Besserverdienenden stärker zu belasten? Nein, zwingend ist nur, dass man durch Steuern die Besserverdienenden stärker belasten, aber nicht, dass man die Steuer am *Einkommen* der Besserverdienenden festmachen muss. Man kann sie auch am *Verbrauch* der Besserverdienenden festmachen:

Anstatt zu sagen: "Du verdienst viel, also zahlst du mehr Steuern", könnte man auch sagen: „Du gibst dein vieles Geld auf eine Weise aus, die hohen Ressourcenverbrauch, viel Umweltbelastung und Verkehr mit sich bringt, was unser aller Zukunft bedroht, und darum organisieren wir die Verbrauchssteuer so, dass du automatisch entsprechend mehr Steuern bezahlst“. Mit anderen Worten: Es kommt darauf an, woran sich die höheren Steuern, die der Vielverdiener unzweifelhaft zahlen sollte, bemessen. Stellen wir uns klischeehaft zwei unterschiedliche Typen von Vielverdienern vor: Der eine macht ständig Kurzurlaube rund um den Globus, fährt schnelle energiefressende Autos, Motorboote usw., hält Solarium, Sauna, Swimmingpool und was sonst noch viel Strom braucht, für unverzichtbar, bevorzugt exotische, weit transportierte Nahrungsmittel, jettet zur Oper nach New York oder Mailand usw.; der andere, der gleich viel verdient, steckt sein Geld in wertvolle alte Bücher und Antiquitäten, sündhaft teure handgefertigte Schweizer Uhren, fördert großzügig junge Künstler und lässt sich als Mäzen feiern, sonnt sich auf den teuersten Plätzen im Theater und in der Oper seiner Heimatstadt, die er liebt und in der er bewundert werden will, bevorzugt eine erlebte, regionale und jahreszeitgemäße Küche, „kauft“ sich (verachte ihn dafür, wer will) schöne Frauen, hält sich lieber edle Pferde als schnelle Autos, erwirbt einen herrlichen historischen Bau und lässt ihn in aufwendiger Handarbeit restaurieren usw.? Beide würden die gleichen Steuern zahlen, wenn die Höhe des Einkommens dafür der Maßstab ist. Ist das sinnvoll? Eine Einkommenssteuer bewirkt doch letztendlich nichts anderes als eine allgemeine, undifferenzierte Beschneidung des Konsums - vorausgesetzt, dass die Teufelskreise der Selbstvermehrung des Reichtums der Reichen, die mit Investition, Zins und Spekulation zusammenhängen, ausgeschaltet sind (s. „Teufelskreise der Reichtumskonzentration“). Die ökologische Verbrauchssteuer hingegen beschneidet gezielt den unökologischen Konsum.

Nun wird der Einwand kommen, dass der Unterschied zwischen der ökologischen Belastung durch den Besserverdienenden und der durch den Wenigverdienenden nicht so groß ist wie der Unterschied zwischen ihren Einkommen. Der eine belastet die Umwelt vielleicht nur dreimal so stark wie der andere, verdient aber vielleicht zehnmal soviel.

Zunächst kann man, um diesem Einwand zu begegnen, die Frage stellen, woher diese Diskrepanz kommt. Der Vielverdienende ist in unserem System hochgradig motiviert, nur einen (kleinen) Teil seines Einkommens zu verkonsumieren und den anderen zu nutzen, um „Geld zu machen“. In dem Maße, wie es gelingt, leistungslose Einkommen, vor allem durch den Zins und die Spekulation auszuschalten, wird die Motivation steigen, Einkommen auch auszugeben, und die Diskrepanz zwischen Einkommen und Verbrauch geringer werden. Damit ist der Einwand entschärft, doch nicht ganz aus der Welt. Doch was noch zu tun ist, ist nicht mehr und nicht weniger als eine Rechenaufgabe: die Verbrauchssteuer so hoch anzusetzen, dass der Vielverdiener, der einen unökologischen Lebensstil führt und die Umwelt überdurchschnittlich belastet, im neuen System ohne Einkommensbesteuerung grob den gleichen Löwenanteil an den Steuern trägt wie er im alten System mit Einkommensbesteuerung (nach Maßgabe der politisch festgelegten Steuersätze) zahlen müsste. (Größere Genauigkeit und feinere Abstufungen sind ohnehin prinzipiell nicht mit dem Begriff der Gerechtigkeit begründbar).

Hier gibt es den nächsten Einwand: dass die Verbrauchssteuern dann so hoch sein müssten, dass der Wenigverdiener, der sich kaum noch einschränken kann, unzumutbar belastet würde. Doch für dieses Problem existiert längst eine Lösungsidee: Jeder Bürger bekommt vom Staat ein „Umweltgeld“, das *in etwa* der durchschnittlichen Belastung durch die ökologischen Verbrauchssteuern entspricht. Der „Durchschnittsbelasteter“ zahlt also praktisch keine Verbrauchssteuern; wer die Umwelt weniger belastet als der Durchschnitt, gewinnt gewissermaßen sogar an der Steuer. Der Vielverdiener, wenn er einen umweltbelastenden Lebensstil frönt, zahlt sehr viel. Der durch die Verbrauchssteuer gesetzte ökonomische Anreiz, umweltverträglich zu konsumieren, würde durch ein solches „Umweltgeld“ für niemanden verringert. Es müsste möglich sein, indem man die Höhe der Verbrauchssteuer und des auszuzahlenden „Umweltgeldes“ variiert, durch „Versuch und Irrtum“ zumindest in „erster Näherung“ zu erreichen, dass ökologische Wirksamkeit der Steuer, sozial *einigermaßen* gerechte Verteilung der Steuerlast und hinreichende Staatseinnahmen gleichzeitig gewährleistet sind. (Hierbei ist zu beachten, dass das „Umweltgeld“ nicht exakt mathematisch der durchschnittlichen Belastung entsprechen muss; es kann durchaus im Interesse einer insgesamt akzeptablen Lösung innerhalb einer gewissen Bandbreite unabhängig von der Höhe der Verbrauchsteuern festgelegt werden. Zu bedenken ist auch, dass der Bedarf des Staates an Steuereinnahmen keine feststehende Größe ist, sondern durch die andere Art der Besteuerung verändert wird: Funktioniert das neue Steuersystem im Sinne der erhofften Wirkung, so wird die Arbeitslosigkeit sinken und damit der Bedarf an Mitteln für die Sozialhilfe).

So kann man also sagen, dass mit Hilfe der Verbrauchssteuern dem Problem der „ökologischen Kluft“ begegnet werden kann, ohne dass deshalb die soziale Ungerechtigkeit in der Gesellschaft wachsen müsste. Was die Verbrauchssteuer nicht leisten kann: sie ist kein strategisches Mittel gegen die automatisch wachsende „soziale Kluft“ durch die Prozesse der Reichtumskonzentration. Um diesen zu begegnen, muss das neue Steuersystem weitere Bausteine enthalten: „**Liquiditätssteuer**“, „**Finanztransaktionssteuer**“ und „**Investitionssteuer**“ (vgl. „Teufelskreise der Reichtumskonzentration“).

Gelingt es mit diesen steuerlichen und ggf. zusätzlich notwendigen Mitteln (wie das Verbot offenkundig rein spekulativer Transaktionen) die Teufelskreise der (leistungslosen) Selbstvermehrung der Vermögen auszuschalten, so sind Vermögen nichts anderes als ange-

sammeltes „Leistungseinkommen“. Im neuen System ist deshalb auch die Vermögenssteuer kein Thema.

Die „Liquiditätssteuer“ und die „Finanztransaktionssteuer“ haben beide keinen Personenbezug. Ihre Höhe errechnet sich jeweils als ein bestimmter Prozentsatz der Menge des gehorteten Geldes (z.B. 6% pro Jahr) bzw. der Transaktionssumme (z.B. 0,5%). Wer immer Geld zurückhält bzw. die Transaktion tätigt, zahlt die Steuer automatisch, ganz gleich, wie viel er Geld stilllegt bzw. wie viel er schon Transaktionen getätigt hat. Mit anderen Worten: Die Besteuerung ist hier ohne Progression und insofern völlig unabhängig von der Person.

So hätten wir ein Steuersystem insgesamt ohne Personenbezug, wenn nicht die eine Ausnahme notwendig wäre: die progressive „Investitionsteuer“.

Die progressive „Investitionssteuer“

Um *den* Teufelskreis der Reichtumskonzentration zu brechen, der dadurch zustande kommt, dass Einkommensreiche ihr Einkommen immer wieder zu einem (großen) Teil in „Einkommensquellen“ (im Fachjargon „Assets“ genannt) investieren, sehe ich nur einen wirksamen Weg: **Der private Besitz bzw. der Erwerb von „Einkommensquellen“ muss für eine Person begrenzt werden.** Das ist kein Generalangriff auf Privatinitiative und individuelle Verantwortung, im Gegenteil: Es wird der Spielraum für alle erweitert, privates Eigentum an „Einkommensquellen“ zu erwerben und für diese die Verantwortung zu übernehmen. In der Gesellschaft kommt es zu einer breiteren Streuung des Eigentums an Produktionsmitteln bzw. „Einkommensquellen“ im weitesten Sinne, und das bedeutet höhere Vielfalt der Strukturen, der Strategien, der Lösungsideen für die Zukunft und eine breitere Nutzung der in der Gesellschaft existierenden Kreativität, Findigkeit, Leistungs- und Verantwortungsbereitschaft. (Mehr zur Marktwirtschaftsverträglichkeit dieser Steuer in „Teufelskreise der Reichtumskonzentration“).

Die Steuer, die das bewirken soll, indem sie den Erwerb von „Einkommensquellen“ über eine politisch zu bestimmende Grenze hinaus ökonomisch unattraktiv macht, kommt logischerweise nicht ohne Personenbezug aus. Allein hier gibt es also eine Registratur (eine Art weiterentwickeltes Gewerbeamt), die für jeden festhält, welche Menge (in Geld ausgedrückt) er bereits davon erworben und als Eigentum hat. Je näher er mit einem weiteren Kauf z. B. einer Produktionsstätte, Immobilie oder Windkraftanlage oder davon abgeleiteter Rendite bringender Papiere wie Aktien der vorgesehenen Obergrenze kommt, desto höher wird die Steuer, mit der dieser Kauf belastet wird. Sie muss so hoch sein, dass der „Preis“ für die weitere Vergrößerung eines schon großen Besitzes an „Einkommensquellen“ angesichts des Risikos, das jede Investition bedeutet, zu hoch erscheint, um das Risiko einzugehen. Der durch diese Steuer entstehende neue Kontrollaufwand ist von vornherein geringer, überschaubarer, als es die heutige Kontrolle und progressive Besteuerung der Einkommen ist oder des allgemeinen Konsums aller Verbraucher durch eine progressive Konsumsteuer wäre (wie sie Gero Jenner als Kernstück eines „Neuen Fiskalismus“ zur Bekämpfung der Kluft zwischen ARM und REICH in seinem Buch „Wohlstand und Armut“ vorschlägt), denn die potentielle Zahl der Personen, die überhaupt „Einkommensquellen“ erwerben, ist klein und solche Käufe sind im Vergleich zu den Einkäufen von Allerweltswaren eher selten. Und noch kleiner ist logischerweise die Zahl derer, bei denen eine genaue und aufwändige Kontrolle relevant wird, d.h. bei denen aufgrund ihres schon großen Besitzes an „Einkommensquellen“ die Gefahr besteht, dass sie weitere über die Obergrenze hinaus erwerben. (Wir hätten hier wohl zum ersten Mal in der Geschichte ein Steuersystem, bei dem die „Kon-

trollwut“ des Staates nicht an den „kleinen Leuten“ ausgelassen wird, sondern endlich einmal die „großen“ stärker unter die Lupe genommen würden).

Zur Idee, die Anhäufung von „Einkommensquellen“ in *einer* privaten Hand (durch progressive Besteuerung) zu erschweren, gehört als „Gegenstück“, das Gewinnmachen (durch Wegfall der Besteuerung des Gewinns) zu erleichtern.

So ergäbe sich hier ein zum heute existierenden konträres Prinzip. Während heute der Gewinn besteuert wird und die Investition absetzbar ist, bliebe im neuen System der Gewinn unversteuert und die Investition würde (gestaffelt) besteuert. Damit würden die „besten Wirte“ gefördert, die es verstehen, aus ihren begrenzten „Einkommensquellen“ am meisten herauszuholen, und nicht die Reichen, die ihren Besitz an „Einkommensquellen“ immer mehr ausdehnen. Nicht nur für unsere Gesellschaft, sondern auch für die sog. Entwicklungsländer wäre es gut, wenn die Entwicklung von einer möglichst breiten Entfaltung der vorhandenen Kräfte und Fähigkeiten und nicht von der sich überschlagenden Investitionstätigkeit einer schnell reich werdenden Minderheit getragen würde.

Warum nicht einfach eine Reform der Einkommenssteuer?

Muss man, um die Teufelskreise der Reichtumskonzentration zu brechen, wirklich auf so drastische Weise in das System eingreifen, wie es die Begrenzung privater Verfügung über „Einkommensquellen“ wäre? Geht es nicht eine Nummer kleiner? Wäre nicht schon viel gewonnen, wenn man das Mittel der Einkommenssteuer massiver und konsequenter nutzte?

Nun, die progressive Einkommenssteuer ist die klassische Waffe, mit der Staaten der wachsenden Vermögenskonzentration und der Polarisierung der Gesellschaft in ARM und REICH zu begegnen suchen. Diese Waffe ist stumpf; sie erreicht vielfach ihren Zweck nicht. Sie erfordert einen hohen Kontrollaufwand von Seiten des Staates, provoziert Verschleierung von Einkommen und Steuerhinterziehung, führt zu einem unsäglich komplizierten und undurchsichtigen System der Besteuerung (mit einem wahnwitzigen „Absetzbarkeits- und Abschreibungs-Dschungel“), das gerade wieder von den Reichen, die sich die besten Steuerberater leisten können, zu unterlaufen ist, wodurch der angestrebte Effekt des Ausgleichs zwischen ARM und REICH nur mangelhaft erreicht wird. Zudem wirkt sie im Blick auf die Leistung demotivierend.

Zunächst einmal ist es wenig leistungsfördernd, dass bei der Einkommensbesteuerung nicht in der Art des Einkommens unterschieden und das durch große wirkliche Leistung für die Gesellschaft erzielte Einkommen genauso besteuert wird wie das ohne geringste eigene Leistung gewonnene „Einkommen auf Vermögen“ oder durch Spekulation gewonnenes Einkommen. (Es ist noch schlimmer: Einkommen auf Vermögen wird heute vorweg mit 25% pauschal „abgegolten“ wohingegen die Einkommen aus Leistung je nach Steuersatz höher bis sehr viel höher besteuert werden können. Wenn die Einkommenssteuer im Sinne des sozialen Ausgleichs wirksam sein soll, ist bei den Leistungseinkommen eine hohe Progression unvermeidlich, und genau die motiviert nicht zur Mobilisierung der Kräfte.

Was die Effektivität der Einkommenssteuer hinsichtlich des ARM REICH-Problems angeht, so trifft die Einkommenssteuer das Einkommen, *nachdem* es entstanden und einer Person als Eigentum zugeordnet ist. Es wird durch diese Steuer geschmälert, womit auch der Strom vom Einkommen zum Aufbau des Vermögens und damit des größeren Potentials zur Investi-

tion von Seiten des Reichen geschmälert würde. Da aber trotzdem der Teufelskreis weiterdreht und die Vermögen immer größer werden, müsste mit jeder Umdrehung des Kreises ein größerer Anteil des gewonnenen Einkommens weggesteuert werden, wenn die Vermögenskonzentration wirksam aufgehalten werden soll.

Die Einkommenssteuer setzt in Bezug auf das Problem der wachsenden Kluft zwischen ARM und REICH an der falschen Stelle an, sie ist nicht wirklich effektiv als Bremse des Teufelskreises und dazu alles andere als effizient: ihre Nebenwirkungen gefährden wie gesagt eine entscheidende Grundlage unseres Wohlstands, die Leistung. Der Teufelskreis kann m. E. ganz allgemein nicht wirksam durch Belastung einer Flussgröße im Kreis gebrochen werden. Die Gegenstrategie muss tiefer, d.h. an der Struktur des Kreises selbst ansetzen. Der neuralgische Punkt ist die "Einkommensquelle". Solange private Personen ihren Reichtum unbegrenzt zum Erwerb von „Einkommensquellen“ (hier und in der ganzen Welt) nutzen können, ist m.E. der Teufelskreis der Reichtumskonzentration nicht aufzubrechen.

Offene Fragen und Probleme der Besteuerung der Investition

Sofern die Investition einer Privatperson in eine „Einkommensquelle“, eine Produktionsanlage oder irgendeine andere „Goldgrube“ über den Erwerb einer isolierten ganzen Anlage erfolgt, ist die Begrenzung der Gesamtmenge, die eine Person sich aneignen darf, methodisch relativ problemlos zu bewerkstelligen, sofern man ein geeignetes Maß hat, an dem man den Wert einer „Einkommensquelle“ bemisst. Und als ein solches Maß bietet sich der Marktpreis bzw. Verkehrswert an. Erwirbt eine Privatperson eine „Einkommensquelle“, so wird dieser Kauf mit einer umso höheren Steuer belastet, je näher er mit diesem Kauf an die Obergrenze des für eine Privatperson zulässigen Gesamteigentums heranrückt. Was die Definition der Obergrenze angeht, so ist etwa folgende Vorgehensweise denkbar. Man betrachtet den geldlichen Gesamtwert aller innerhalb einer bestimmten Zeitspanne, z.B. eines Jahres gehandelten bzw. zu erwerbenden „Einkommensquellen“. Teilt man diese Summe durch die Zahl der Bürger des Landes, so gewinnt man einen Durchschnittswert: die Menge, die zu erwerben jedem Bürger des Landes innerhalb eines Jahres „zusteht“. Die politische Festlegung der Obergrenze könnte dann so lauten: Niemand darf innerhalb eines Jahres z.B. mehr als das 10fache oder 100fache oder 1000fache der Durchschnittsmenge an „Einkommensquellen“ erwerben.

Die methodischen Schwierigkeiten beginnen bei der Erweiterung, Vergrößerung und Verbesserung einer schon in Privatbesitz befindlichen Assets durch den Eigner.

Hier müsste ein Verfahren gefunden werden, mit Hilfe dessen einigermaßen „objektiv“ abgeschätzt werden kann, um welchen Betrag sich der (Verkehrs-)Wert einer im Besitz einer Privatperson befindlichen „Einkommensmaschine“ erhöht, wenn in sie Geld zu ihrer „Aufwertung“ von der Person investiert wird. Diese Investition müsste dann nach den gleichen Kriterien besteuert werden wie ein Neuerwerb einer weiteren „Einkommensmaschine“ durch diese Person. Eine weitere zu klärende Frage ist, ob das Besteuerungsverfahren sinnvollerweise zwischen Erweiterungsinvestitionen und Investitionen zur Erhöhung der energetischen Effizienz oder zur Reduzierung von Umweltbelastung und Transport oder auch zur Verbesserung der Arbeitsqualität unterscheiden sollte und wie diese Unterscheidung möglichst unaufwändig praktisch umzusetzen ist.

Die Umkehrung der Besteuerungsphilosophie bedeutet einen tiefen Eingriff in das System mit weitreichenden Folgen für Art und Richtung der Entwicklung: Das gegenwärtige Steuer-

system bremst nicht nur nicht die Investition derer, die schon viel an „Einkommensquellen“ besitzen, sondern fördert sie durch die Absetzbarkeit. Der Effekt ist gewollt. Das Ziel heißt Wirtschaftswachstum. Der Nebeneffekt: selbst wenn groß und klein gleich schnell wachsen, erlangen die Großen einen immer größeren Marktanteil. Die Polarität wird größer, was wiederum den Ruf nach Wachstum verstärkt. Je weiter das Wachstum voranschreitet, desto dringender braucht man, um den sozialen Frieden zu erhalten, Wachstum. Eine aussichtslose Gefangenschaft in einem Teufelskreis.

Die Besteuerung der Erweiterungsinvestition gestaffelt nach der Größe der bereits getätigten Investitionen bzw. der Menge der „Goldgruben“, die man besitzt, gibt dem Wachstum der Kleineren, deren Investitionen gering oder gar nicht besteuert werden, einen relativen Vorteil gegenüber den Großen, deren Wachstum durch die Steuer gebremst wird. Ziel: Abbau der Polarität und Erhöhung der VIELFALT in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Frage ist, ob damit nicht das Wachstum der Wirtschaft in der Summe gebremst wird. Gegenfrage: Ist das nicht genau das, was wir bei Strafe unseres Untergangs erreichen müssen? Brauchen wir nicht eine insgesamt verstetigte, weniger hektische Entwicklung? Ist nicht die Anpassung der Geschwindigkeit von gesellschaftlichen Veränderungen, die heute durch die Dynamik einer zügellosen Wirtschaft heillos angetrieben immer größer wird, an die Zeitparameter des sozialen Lernens, des Aufbaus funktionsfähiger gesellschaftlicher Institutionen, der natürlichen Kreisläufe und der ökologischen Regeneration heute das Gebot der Stunde? Ansonsten bleiben für die kurzfristig in immer schnellerer Folge entstehenden „Werte“ der ökonomischen „Wertschöpfung“ viel wertvollere, weil kurzfristig bestimmt nicht und wahrscheinlich niemals ersetzbare ökologische, soziale und kulturelle Werte auf der (Renn-)Strecke.

Wenn wir wirklichen Fortschritt wollen, dann müssen wir die Grundbedingungen evolutiv-närer Höherentwicklung einhalten, die der Astrophysiker Peter Kafka mit der wunderbaren Formel „Vielfalt und Gemächlichkeit“ ausdrückt. Das neue Steuersystem richtet sich gegen „Einfalt und Raserei“ der Wachstumsgesellschaft mit ihren verheerenden „Teufelskreisen“.